

Richtlinien des Jugendamtes der Stadt Radevormwald **für die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen im Rahmen von Hilfen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)**

1. Voraussetzungen / Geltungsbereich

Die nachstehend aufgeführten Richtlinien sind eine Arbeitsgrundlage für wirtschaftliche Hilfeleistungen mit dem Ziel, für gleiche Sachverhalte und Bedingungen einheitliche Leistungen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zu erreichen. Sie gelten für alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die in Radevormwald untergebracht sind und Hilfeleistungen zum Lebensunterhalt aus Mitteln der wirtschaftlichen Erziehungshilfe nach den Bestimmungen des SGB VIII erhalten.

2. Personenkreis

Diese Richtlinien gelten sowohl für Minderjährige als auch für junge Volljährige.

3. Grundlage und Inhalt der Hilfgewährung

Aufgabe und Ziel ist es, Erziehungshilfen zur Überwindung von Entwicklungs- und Sozialisierungsmängeln anzubieten, wenn sich die Heimerziehung als nicht erforderlich oder problematisch erweist. Die Unterbringung in Pflegestellen hat grundsätzlich Vorrang vor der Heimunterbringung.

Die Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege umfasst gem. § 39 Abs. 2 SGB VIII den in einer Familie außerhalb des jeweiligen Elternhauses notwendigen gesamten Lebensunterhalt einschließlich der Kosten der Erziehung.

3.1 Vollzeitpflege

Die laufenden Leistungen im Bereich der Vollzeitpflege werden in Höhe der vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW festgesetzten monatlichen Pauschalbeträgen gewährt.

Soweit nach den Besonderheiten des Einzelfalles abweichende Leistungen geboten sind, kann ein erhöhter Erziehungsbeitrag gezahlt werden. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn an die Pflegeeltern aufgrund des Verhaltens des Kindes erhöhte Anforderungen an ihre Erziehungsleistung gestellt werden. Über eine Anhebung des Erziehungsbeitrages und dessen Umfang entscheidet der/die Mitarbeiter/in des Pflegekinderdienstes nach einer standardisierten Überprüfung. Erhält das Kind Hilfe zur Pflege gem. §§ 61 ff. SGB XII und Pflegegeld nach dem SGB XI kann wegen der gleichen Symptome kein erhöhter Erziehungsbeitrag gewährt werden.

Das Pflegegeld wird jeweils monatlich im Voraus gewährt. Die Zahlung erfolgt kalendertäglich auf der Basis von 30,42 Tagen im Monat. Ist vorhersehbar, dass die Hilfe im Laufe eines Monats endet, wird das Pflegegeld anteilig berechnet und ausgezahlt.

Endet die Hilfe im Laufe eines Monats, ohne dass das Ende vorhersehbar war, so ist das überzahlte Pflegegeld grundsätzlich zu erstatten. Verlässt das Kind den Haushalt der Pflegeperson/Pflegeeltern bis einschließlich zum 15. eines Monats, so ist die Hälfte der monatlichen Leistung zurückzufordern, scheidet er nach dem 15. eines Monats aus, entfällt die Rückforderung.

Bei kurzfristiger Unterbringung behält sich das Jugendamt eine Rücknahme der aus öffentlichen Geldern beschafften Gegenstände vor.

Ist das Pflegekind vorübergehend außerhalb der Pflegefamilie untergebracht, wird das Pflegegeld für die Dauer von vier Wochen ungekürzt weiter gewährt. Ab Beginn der fünften Woche kann das Pflegegeld den tatsächlichen Gegebenheiten des Einzelfalles angepasst werden. Zum Umfang und Höhe des Pflegegeldes ist eine entsprechende Stellungnahme des/ der zuständigen Sozialarbeiters/in bzw. des Pflegekinderdienstes einzuholen.

Verfahren:

- Antrag der sorgeberechtigten Eltern/ des sorgeberechtigten Elternteils erforderlich

3.2 Bereitschaftspflege

Bereitschaftspflegestellen erhalten aufgrund der besonderen Belastungen der Unterbringung 51,00 €/Tag/Kind. Die Dauer der Unterbringung ist in der Regel nicht kalkulierbar. Häufig erfolgt die Unterbringung im Rahmen der Inobhutnahme gem. § 42 SGB VIII. Nach Ablauf von 20 Tagen wird anteiliges Vollzeitpflegegeld gewährt.

Über die Notwendigkeit der Gewährung einmaliger Beihilfen für das Kind entscheidet der/die zuständige Sozialarbeiter/in. Es kann maximal eine Beihilfe in Höhe von 160,00 € gewährt werden. Die getätigten Anschaffungen verbleiben dem Kind nach Beendigung der Hilfe.

Verfahren:

- schriftlicher Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern an den/die zuständigen/zuständige Sozialarbeiter/-in zur Gewährung von Beihilfen erforderlich

3.3 Kurzzeitpflege

Der Aufenthalt des Kindes in Kurzzeitpflegestellen ist für einen befristeten Zeitraum erforderlich. Das Kind kehrt nach Ablauf dieser Frist in den Haushalt der Eltern zurück. Die Kurzzeitpflege wird zum Beispiel erforderlich durch Kur- oder Krankenhausaufenthalt. Das Datum der Aufnahme in den Haushalt der Kurzzeitpflegestelle und das Datum der Rückkehr in den Haushalt der Eltern, ist vorab zwischen allen Beteiligten besprochen.

Es wird im Unterschied zur Bereitschaftspflege das pauschalisierte Pflegegeld der jeweiligen Altersstufe gezahlt.

Verfahren:

- Antrag der sorgeberechtigten Eltern/ des sorgeberechtigten Elternteils erforderlich

3.4 Erziehungsstellen

Erziehungsstellen sind eine Form der Familienpflege nach § 33 Satz 2 SGB VIII für schwer vermittelbare und entwicklungsbeeinträchtigte Kinder, für die eine Heimunterbringung nicht geeignet ist. Die Erziehungsstellen sind besonders qualifizierte und honorierte Pflegefamilien, in denen ein Pflegeeltern teil über eine pädagogische Ausbildung verfügt. Die Kosten des Erziehungsbeitrages werden zwischen der Pflegeperson/den Pflegeeltern und den jeweiligen Trägern individuell vereinbart. Sie sollen in einer vernünftigen Relation zum durchschnittlichen Tagessatz von Heimkindern stehen und einen deutlichen Sparbetrag erbringen.

3.5 Verwandtenpflege

Für Minderjährige, die bei Verwandten bis zum 3. Grad untergebracht sind, werden im Bedarfsfalle etwaige Leistungen nach den Bestimmungen des SGB VIII nur dann gewährt, wenn eine Erforderlichkeit aufgrund eines Erziehungsdefizites der leiblichen Eltern gegeben ist und das Jugendamt diese in Form einer planvollen und auf Dauer angelegten pädagogischen Hilfe zur Erziehung gewährt.

4. Beihilfen/ Zuschüsse

Beihilfen und Zuschüsse zum Pflegegeld setzen stets einen tatsächlichen und notwendigen Bedarf des Hilfeempfängers voraus, sofern nicht gesetzlich ein solcher Bedarf besteht.

Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind grundsätzlich vor der Bedarfsdeckung zu stellen.

Die prozentualen Beihilfen werden jeweils auf volle Eurobeträge abgerundet.

4.1 Erstausrüstungsbeihilfen

4.1.1 Erstausrüstung für Möbel, Hausrat, o.ä.

Liegt ein notwendiger Bedarf für die Erstausrüstung für Möbel, Hausrat o.ä. vor, kann den Pflegekindern in Vollzeitpflege auf Antrag der Pflegeeltern eine Beihilfe bis zu 100 % der Pauschale der materiellen Aufwendungen der 3. Altersstufe gewährt werden.

Verfahren:

- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme des Kindes in den Haushalt der Pflegeperson/Pflegeeltern an den Pflegekinderdienst
- der Bedarf wird vom Pflegekinderdienst geprüft
- die Quittungen der gekauften Ausstattung werden unverzüglich vorgelegt

4.1.2 Erstausrüstung für Bekleidung

Liegt ein notwendiger Bedarf für die Erstausrüstung für Bekleidung vor kann den Pflegekindern in Vollzeitpflege auf Antrag der Pflegeeltern eine Beihilfe bis zu 50 % der Pauschale der materiellen Aufwendungen der 2. Altersstufe gewährt werden.

Verfahren:

- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme des Kindes in den Haushalt der Pflegeperson/Pflegeeltern an den Pflegekinderdienst
- der Bedarf wird vom Pflegekinderdienst geprüft
- die Quittungen der gekauften Ausstattung werden unverzüglich vorgelegt

4.1.3 Autokindersitz / Kinderwagen

Für die Anschaffung eines Kindersitzes sowie eines Kinderwagens kann jeweils ein Zuschuss in Höhe von max. von bis zu 50 % der materiellen Aufwendungen der 1. Altersstufe gewährt werden.

Verfahren:

- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme des Kindes in den Haushalt der Pflegeperson/Pflegeeltern an den Pflegekinderdienst
- der Bedarf wird vom Pflegekinderdienst geprüft
- die Quittungen der gekauften Ausstattung werden unverzüglich vorgelegt

4.2 Beihilfen im Rahmen des Schulbesuches

4.2.1 Einschulung

Liegt ein notwendiger Bedarf für die Anschaffung einer Grundausrüstung vor, kann den Pflegekindern in Vollzeitpflege auf Antrag der Pflegeeltern eine Beihilfe bis zu 30 % der Pauschale der materiellen Aufwendungen der 2. Altersstufe gewährt werden.

Verfahren:

- Kopie der Schulanmeldung
- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern
- die Quittungen der gekauften Artikel werden unverzüglich vorgelegt

4.2.2 Schulbücher

Eigenanteile an Schulbüchern werden übernommen, sofern diese Kosten nicht von anderen übernommen werden bzw. eine Lernmittelbefreiung besteht.

Verfahren:

- aktuelle Schulbescheinigung
- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern
- Bescheinigung der Schule über die Notwendigkeit
- die Quittungen der gekauften Artikel werden unverzüglich vorgelegt

4.2.3 Klassenfahrten

Bei Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen werden die nachgewiesenen Fahrt- und Übernachtungskosten übernommen. Das zusätzliche Taschengeld ist aus den Einsparungen der häuslichen Verpflegungskosten zu bezahlen.

Verfahren:

Anmelde- und Teilnahmebestätigung der Schule sind vorzulegen

4.2.4 Nachhilfeunterricht

Wenn für ein Pflegekind in Vollzeitpflege Nachhilfeunterricht erforderlich ist, da die Versetzung oder der Schulabschluss ohne diese Hilfe gefährdet ist, sind die Kosten des notwendigen Nachhilfeunterrichts zu übernehmen. Die Übernahme der Kosten orientiert sich an den Empfehlungen des Landschaftsverbandes Rheinland.

Verfahren:

- Stellungnahme der Schule über den Hilfebedarf
- formloser Antrag der Pflegeeltern
- der Bedarf wird durch den Pflegekinderdienst geprüft

4.2.5 Besuch der Offenen Ganztagschule (OGS)

Die Elternbeiträge zum Besuch der Offenen Ganztagschule können übernommen werden, wenn der Besuch der OGS pädagogisch sinnvoll ist. Dies ist vom Pflegekinderdienst zu prüfen und zu bestätigen.

Verfahren:

- formloser Antrag der Pflegeeltern
- Bescheid über die Höhe des Elternbeitrages
- der Bedarf wird durch den Pflegekinderdienst geprüft

4.3 Religiöse Anlässe

Die Kosten für religiöse Anlässe, wie z.B. Taufe, Kommunion, Konfirmation, etc. können für die Pflegekinder in Vollzeitpflege auf Antrag der Pflegeeltern bis zu einer Höhe von 30 % der Pauschale der materiellen Aufwendungen der 2. Altersstufe erstattet werden.

Verfahren:

- die Vorlage eines Nachweises über den betreffenden Anlass ist erforderlich

4.4 Brillenbeihilfe

Für Brillen zur Korrektur der Sehstärke kann in Ausweitung der Hilfe nach § 40 SGB VIII bei einer Veränderung der Sehstärke von 0,5 Dioptrien ein Zuschuss in Höhe von 100,00 € gewährt werden.

Verfahren:

- formloser Antrag der Pflegeeltern
- Vorlage der Rechnung bis max. 4 Wochen nach Beschaffung der Brille

4.5 Ferienbeihilfe

Im Monat Juni wird eine Ferienbeihilfe in Höhe von 40 % Pauschale der materiellen Aufwendungen der 2. Altersstufe je Pflegekind gewährt. Die Auszahlung erfolgt automatisiert mit dem monatlichen Pflegegeld.

Ein gesonderter Antrag ist nicht erforderlich.

4.6 Weihnachtsbeihilfe

Im Monat November wird eine Weihnachtsbeihilfe gemäß den Empfehlungen des Landschaftsverbandes Rheinland gewährt. Die Auszahlung erfolgt automatisiert mit dem monatlichen Pflegegeld.

Ein gesonderter Antrag ist nicht erforderlich.

4.7 Unfallversicherung / Alterssicherung der Pflegeperson (§ 39 Abs. 4 SGB VIII)

Die Kostenübernahme der Unfallversicherung und der Alterssicherung erfolgt bei Vorliegen der Voraussetzungen frühestens ab dem Monat des Antragseingangs.

Werden bereits entsprechende Beiträge durch ein anderes Jugendamt übernommen, ist dies von der Pflegeperson den jeweiligen Jugendämtern unverzüglich anzuzeigen.

4.7.1 Unfallversicherung

Nachgewiesene Aufwendungen der Beiträge für eine Unfallversicherung werden entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins übernommen. Der Betrag wird unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder nur einmalig, aber bei Pflegeeltern ggf. beiden Pflegepersonen gewährt. Bereits bestehende Versicherungsverträge werden anerkannt. Die Auszahlung erfolgt monatlich zu 1/12 mit dem laufenden Pflegegeld.

Werden bereits Beiträge zur Unfallversicherung durch ein anderes Jugendamt erstattet, muss die Pflegeperson bzw. müssen die Pflegeeltern dies den jeweiligen Jugendämtern unverzüglich anzeigen.

Verfahren:

- formloser Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern
- Nachweis der Versicherung
- jährlicher Nachweis über gezahlte Beträge

4.7.2 Alterssicherung

Es werden die häufigen nachgewiesenen Aufwendungen der Beiträge für eine angemessene Alterssicherung entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins übernommen. Der Betrag wird lediglich einem Pflegeelternteil, i.d.R. dem betreuenden Pflegeelternteil, gewährt.

Es werden Versicherungsbeiträge für maximal drei Pflegekinder und einen Pflegeelternteil übernommen. Bereits bestehende Versicherungen werden anerkannt.

Verfahren:

- formloser Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern
- Nachweis der Versicherung
- jährlicher Nachweis über gezahlte Beträge

4.8 Qualifizierung der Pflegeperson/Pflegeeltern

Pflegepersonen/Pflegeeltern müssen eine Basisqualifizierung zur Betreuung von Pflegekindern nachweisen. Die Kosten für diesen Kurs, ohne Verpflegungs-, Kinderbetreuungs- oder Übernachtungskosten, werden durch das Jugendamt der Pflegeperson / den Pflegeeltern erstattet, wenn mindestens ein Pflegekind betreut wird.

Verfahren:

- formloser Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern
- Nachweis über die gezahlten Kosten

5. Starthilfe zur Begründung eines eigenen Hausstandes

Verlässt ein Pflegekind den Haushalt der Pflegeeltern, kann zur Gründung eines eigenen Hausstandes eine einmalige Beihilfe bis zu 100 % Pauschale der materiellen Aufwendungen der 3. Altersstufe gewährt werden.

Verfahren:

- formloser Antrag des Hilfeempfängers über die erforderlichen Einrichtungsgegenstände
- der Bedarf wird vom Pflegekinderdienst geprüft und bestätigt

6. Mietkaution

Ist eine Mietkaution erforderlich kann diese auf Darlehensbasis übernommen werden. Diese darf max. drei Monatsmieten (Kaltmiete) betragen. Eine angemessene Rückzahlungsvereinbarung ist mit dem Hilfeempfänger zu vereinbaren.

Verfahren:

- formloser Antrag des Hilfeempfängers
- Mietvertrag

7. Ausnahmeregelung

In besonders begründeten Einzelfällen kann von diesen Richtlinien abgewichen werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Amtsleitung.

8. Inkrafttreten

Die Richtlinien treten am 01.11.2018 in Kraft.